



**Geschäftsführung
Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Anregungen und Beschwerden**

Frau Möller

Telefon: (0221) 221-26144

E-Mail: julia.moeller@stadt-koeln.de

Datum: 17.03.2021

Beschlussprotokoll

über die **1. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 15.03.2021, 17:00 Uhr bis 18:36 Uhr, Innenhof Spanischer Bau.

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Bestellung einer Schriftführerin und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 31 Abs. 1 i.V.m. § 34 Abs.1 GO des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln.
3165/2020**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bestellt für die Dauer der Wahlperiode des Rates 2020 bis 2025 Frau Julia Möller zur Schriftführerin und Frau Andrea Brohl zur stellvertretenden Schriftführerin.

Zur Unterstützung der Schriftführung werden die Sitzungen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden auf Tonträger aufgezeichnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

- 1.2 Verpflichtung von Ausschussmitgliedern gem. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**
- 2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW- Antrag auf Änderung der Satzung für Kinderspielplätze - AZ: 229/19
2920/2020**

Geänderter Beschluss

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe.

am 15.03.2021

Er spricht sich dagegen aus, die Kölner Stadtordnung zu ändern. Er befürwortet es jedoch, bei besonders beanspruchten Spielplätzen gem. § 30 Abs. 1 Kölner Stadtordnung die Nutzung nachts zu untersagen **und zugleich zu prüfen, inwieweit die besondere Beanspruchung durch fehlenden öffentlichen Raum für die älteren Jugendlichen begründet ist.** Im vorliegenden Fall in Worringen wird die Verwaltung aufgefordert, alternative Aufenthaltsmöglichkeiten aufzuzeigen bzw. nach Möglichkeit zu schaffen, unter Einbeziehung der BV Chorweiler, des Jugendhilfeausschusses und der beteiligten Jugendlichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW- Benennung des Radstadions in Albert-Richter-Radstadion- AZ 7/21 0354/2021

Geänderter Beschluss

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden ehrt das Andenken des vorgeschlagenen Namensgebers der Radrennbahn in Müngersdorf und empfiehlt die Benennung in Albert-Richter-Velodrom, zudem bittet er, den Sportausschuss in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2.3 Bürgereingabe nach § 24 GO - Vertretung sozialer Interessen im Klimarat- 186/20 3277/2020

Geänderter Beschluss

Der Ausschuss dankt der Petentin für ihre Eingabe.

Der Ausschuss fordert eine stärkere Gewichtung zu Gunsten sozialpolitischer Interessen im Klimarat, beispielsweise durch Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Köln (LIGA Köln), dem Zusammenschluss von Wohlfahrtsverbänden in Köln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei Enthaltung von Herrn Kreische.

3 Mitteilungen

3.1 Schriftliche Mitteilungen

3.1.1 Sachstandsbericht des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden 2020 0419/2021

3.1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO, Ende der Haustürbelieferung von Telefonbüchern, AZ 179/19 S 3343/2020

Frau Oedingen, SPD:

Wurde das Thema mittlerweile beim Petitionsausschuss des Bundes beraten?

3.1.3 Bürgereingabe nach § 24 GO, Verbot von leihbaren E-Scootern, AZ 185/19 B 3308/2020

Herrn Wortmann, Freie Wähler:

Haben die Betreiber dieser Verleihsysteme ein Sondernutzungsrecht? Er bezieht sich auf Urteil des OVG vom 20.11.2020, dass das Parken dieser Fahrzeuge im öffentlichen Straßenraum in Düsseldorf verboten hat.

Gibt es bereits Anzeigen gegen die E-Scooter-Betreiber, die sich auf das Urteil beziehen?

3.1.4 Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kämpchenshof" Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 12.06.2018 3491/2020

Herr Fischer, Bündnis 90/Die Grünen:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist die Mitteilung der Verwaltung zurück und besteht auf der Umsetzung der Empfehlung des Ausschusses. Es wird versucht mit Farbmarkierungen die Situation der Radfahrenden zu verbessern. Die Fraktion fordert jedoch die zwingend erforderliche, bauliche Trennung mit Hochbauten zu realisieren, um das ordnungswidrige Parken und die damit verbundene Gefährdung zu verhindern.

3.2 Mündliche Mitteilungen

4 Anfragen

4.1 Mündliche Anfragen

4.2 Schriftliche Anfragen

4.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Mitteilungen

7 Anfragen